

Unter dem (Wahl-)Deckel kocht es

SPD, CDU und DIE LINKE haben in Sachsen und Brandenburg wieder einen auf den Deckel bekommen. Gleichzeitig sind die Befürchtungen wahr geworden, die AfD ist ganz vorne gelandet. Doch die Spitzenpolitiker von CDU bis LINKE haben nichts Besseres zu tun, als sich sofort für die nächsten Regierungen anzubiedern. Aufgeschreckte Wirtschaftsvertreter fordern, dass die neuen (alten) Regierungen mehr tun sollten für... Sie, die Wirtschaft! Die ganze Szenerie vermittelt eins: weiter wie bisher. Die sozialen Probleme wachsen, die Umwelt geht zugrunde und sie stopfen sich die Taschen voll. Beim bloßen Zuschauen kann einem schon übel werden.

Von CDU bis LINKE – fast immer die gleiche Show

Die größte Sorge von CDU und SPD war, dass die AfD ihnen den Rang ablaufen könnte. Das ist nicht passiert. Deshalb sind sie nun „erleichtert“. Bereiten wir uns vor, denn deren Politik zu Lasten der Bevölkerung wird weitergehen. Die CDU will in den Braunkohleregionen Sonderwirtschaftszonen einrichten. Mit niedrigen Steuern und Milliarden Subventionen sollen Unternehmen im Osten gefördert werden. Wenn es den Unternehmen gut geht, geht es den Arbeitenden gut? Wer glaubt das Märchen? Der Osten ist schon eine einzige „Sonderwirtschaftszone“. Die Gehälter sind unterdurchschnittlich niedrig, die Arbeitszeiten überdurchschnittlich lang, die Arbeitslosigkeit hoch... Die Jugendlichen gehen, wenn möglich, weg aus den ländlichen Regionen in die großen Städte, wo wegen der steigenden Mieten die Sorgen wachsen. Die, die in den ländlichen Gegenden und Kleinstädten bleiben, kämpfen mit der Verschlechterung des öffentlichen Nahverkehrs und der ärztlichen Versorgung, den geringen Renten und noch niedrigeren Löhnen. Die soziale Ungleichheit ist enorm.

Die AfD profitiert. Das kann niemanden in der Arbeiterklasse freuen. Die AfD spielt ihren Wahlkampf zwar auf dem Klavier der sozialen Sorgen und verspricht das Blaue vom Himmel. Aber sie dient der Wirtschaft nicht weniger als die traditionellen Parteien. Indem sie Neid und Vorurteile schürt, verhindert sie zugleich jede Organisierung der Arbeitenden, unabhängig von der Herkunft, gegen die Verantwortlichen, die Unternehmen. Die Wähler*innen, die meinen, die AfD werde auf „sie hören“ sollten sich umgucken: wo solche Parteien an die Macht gekommen sind, stehen sie an der Spitze der Angriffe gegen die Arbeitenden. Die Mehrheit der Bevölkerung hat die AfD nicht gewählt. Das sollte man nicht übersehen. Bezogen auf alle Wahlberechtigten erhielt sie z.B. in Brandenburg nur 14%. Und in großen Städten wie Dresden, Leipzig und Potsdam haben die Grünen und DIE LINKE besser abgeschnitten.

Armer Osten? Reiche Konzerne!

Die Wirtschaftsvertreter beklagen den Erfolg der AfD, das sei ein schlechtes Zeichen. Aber sie tragen die Verantwortung für den Frust, den die Rechten auszunutzen versuchen! Die Automobilindustrie ist mit VW, BMW, Daimler und den Zulieferern in Sachsen ganz groß. Der Maschinenbau arbeitet zu mehr als die Hälfte für den Export. Metall- und Stahlbau gibt es in Brandenburg genauso wie Kunststoffindustrie. Dazu die Energiewirtschaft. Alle diese Unternehmen machen fette Gewinne wegen der schlechteren Arbeitsbedingungen im Osten und tragen mit Arbeitsplatzabbau zur Arbeitslosigkeit bei. Gleichzeitig fordern sie ständig noch mehr Subventionen und plündern die öffentlichen Kassen. Sie bereiten der AfD den Boden.

Umwelt und Soziales zusammen

Die AfD konnte besonders in den Kohleregionen als Verteidigerin der Braunkohle punkten. Die Menschen dort sehen den Kohleausstieg am Horizont. Der „ökologische Umbau“ der Wirtschaft allein unter Profitgesichtspunkten ist in der Tat eine Bedrohung. Doch damit die Arbeitenden (und deren Kinder) nicht unter die Räder kommen, ist es nötig, die Interessen der Arbeitenden für ein gutes Leben und die der kämpfenden Jugendlichen für eine radikale Klimapolitik zusammen zu bringen. Ein soziales Klimanotstandsprogramm wird den Ausbau eines öffentlichen kostenlosen Verkehrs und des gesamten öffentlichen Dienstes genauso beinhalten, wie massive Einstellungen in ökologischen Bereichen. Die Löhne müssen steigen und die Arbeitszeiten bei vollem Lohn sinken. Das wäre auch eine Antwort auf die Drohungen der Wirtschaft mit Arbeitsplatzabbau, genauso wie ein Verbot von Entlassungen und die volle Weiterbezahlung bei Umschulung. Dafür müssen die Konzerne zahlen. Das ist kein Wahlprogramm, sondern eine Perspektive für soziale Kämpfe.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Der neue Karl Max...

Karl Max Einhäupl hat endlich das Handtuch geworfen und seit ein paar Tagen ist sein Neuer im Amt: Heyo Kroemer. In einem MOPO Interview verrät er seine Pläne für die Charité. Als erstes möchte er mit den „Gesichtern“ und „handelnden Personen“ reden, um die Charité besser kennenzulernen. Wir haben jedoch das mulmige Gefühl, dass er damit weder die Pflegekräfte oder Ärzt_innen noch die Kolleg_innen der CFM, des Labors oder der anderen Töchter meint, die jeden Tag **das** Gesicht für die Patient_innen sind.

... findet die schwarze Null auch nicht schlecht

Auch zur schwarzen Null hat Heyo eine Meinung. Er sagt, dass „... ein finanzielles Plus keine Vorgabe als oberstes Unternehmensziel“ sein muss. Klingt eigentlich gut, oder? Doch wer die Charité als Unternehmen betrachtet, scheint die schwarze Null doch zu mögen. Und so lesen wir schon einen Satz später: „Wir werden uns deswegen intensiv bemühen, Defizite zu vermeiden“.

Deutschlands beliebteste Pflegeprofis

Unsere Kolleg_innen der 144i haben den Titel „Deutschlands beliebteste Pflegeprofis“ für Berlin gewonnen. Heepe war bei der Preisverleihung und sagte: „Gemeinsam meistern wir die täglichen Herausforderungen und leisten professionelle Arbeit auf hohem Niveau“. Ähm, gemeinsam? Sollten wir nicht eher sagen: trotz ihrer Politik, Personalmangel und Schikanen versuchen wir unseren Patient_innen die beste Pflege zu bieten?

Grebe dreht frei

Frau A. Grebe ist Geschäftsführerin von Vivantes, welches dem Berliner Senat gehört. Vivantes ist also landeseigen und steht damit ja nun berechtigt im öffentlichen Interesse. Dieses Interesse nahm ein ehemaliger Betriebsrat nun zum Anlass, an konkreten Zahlen der Personalbesetzung festzustellen, dass selbst nach Vorgaben des Gesundheitsministeriums viele Stationen mit doppelt so viel Personal ausgestattet werden müssten. Skandal. Doch noch skandalöser ist, dass nun die Geschäftsführung von Vivantes ihm Verrat von Geschäftsgeheimnissen vorwirft und einen Maulkorb verpassen will. Nun wird diskutiert, ob die verwendeten Zahlen ein Geschäftsgeheimnis darstellen. Wir denken, in einem öffentlichen Betrieb kann es keine Geschäftsgeheimnisse geben.

Es riecht schon nach Beschiss

Denn der Deutsche Pflegerat, ver.di und die Deutsche Krankenhausgesellschaft haben Eckpunkte für die Entwicklung eines neuen Personalbemessungsinstrumentes erstellt. Ende 2019 soll dieses dann dem Gesundheitsministerium vorgelegt werden. Und die Politik wird aufgefordert, dieses Instrument dann in den Gesetzesrang zu heben. Nun plötzlich diese Eile! Wenig Zeit für uns Betroffene das Ganze prüfend anzuschauen. Wie gesagt, das riecht doch nach... Die PPR als damaliges Bemessungsinstrument ergab in den 90ern einen zusätzlichen Bedarf von mehreren tausend Pflegekräften und die Politik sah sich gezwungen zu reagieren. Wie? Die PPR wurde aus dem Gesetzesstaus genommen und schon konnte die Personalbesetzung nicht mehr rechtlich durchgesetzt werden. Eine Blamage für die Politik. Die werden sie nicht noch einmal riskieren wollen und wohl schlechte Festlegungen treffen. Es stinkt halt doch schon um die Ecke.

Heepe gönnt uns gar nichts

Sie hat an einer Berliner Allianz gegen Leasing mitgewirkt mit dem Ziel: „den Wildwuchs im Personalleasing ein(zu)dämmen.“ Klar, mit Leasingkräften zu arbeiten ist nicht immer einfach, aber die Stoßrichtung unserer PD ist eine andere. Erreicht werden soll nämlich, dass die Kolleg_innen in den Leasingfirmen genauso mager verdienen wie wir Festangestellten und zum Beispiel alle Leasingeschwestern im Drei-Schicht-System arbeiten müssen. Eine Vergünstigung, die den Eintritt in Leasingfirmen gerade für Pflegepersonal in der Elternschaft attraktiv macht. Nicht unsere Arbeitsbedingungen will die PD verbessern, damit wir bleiben, sondern das Schlupfloch aus den auch von ihr zu verantwortenden miesen Bedingungen verschließen.

Zweierlei Deckel

Aus dieser Allianz heraus soll den Leasingfirmen eine Preisbindung aufgepresst werden, denn das Leihpersonal wird den Kliniken zu teuer. Wir sind nun wahrlich keine Verfechter einer Marktlogik, aber interessant finden wir schon, dass beim Mietendeckel der Untergang des Abendlandes an die Wand gemalt und dabei so getan wird, als wären 8 Euro je Quadratmeter kalt(!) geradezu ein Geschenk.

Personalfutur in der CFM?

Eigentlich freuen wir uns über jede neue Kollegin, die zusätzlich eingestellt wird und somit unsere Arbeitsbelastung verringert. Doch in einigen Bereichen, wie z.B. der Steri macht uns die Einstellungspraxis der CFM irgendwie auch misstrauisch. Ist dies Teil der Strategie der Geschäftsführung einem Streik zuvor zu kommen? Wir wissen es nicht. Aber je eher wir in den Streik kommen, umso weniger kann sich die CFM darauf vorbereiten. **Am 17.09.2019 findet ab 11 Uhr die nächste Betriebsversammlung** statt. Dort werden Gewerkschaftssekretär als auch Geschäftsführung anwesend sein. Lasst uns doch da mal ordentlich pieken und bohren.

Schnackende Pharmariesen

Zwei Vertreter der Pharmariesen Bayer und Pfizer haben ein lockeres Sommerinterview gegeben und den Gesundheitsstandort Berlin gelobt. Sie sehen die Charité und Vivantes als „ein Fundament für Innovation, Wertschöpfung und Wachstum in Berlin und Brandenburg“. Dabei soll vor allem der Senat weiter investieren, um Talente nach Berlin zu holen, „redundante Bereiche auflösen“ (also die Breitenmedizin) und „Spitzenmedizin fördern“. Wir verstehen schon ganz gut, was die Herren da möchten: aus Steuermitteln einen Spitzenstandort aufbauen, super ausgebildetes Personal ankarren, am besten noch ein „paar“ Euro Subventionen an die Pharmariesen und die neuen Medikamente teuer verscherbeln. Spitzenmedizin mit Steuergeldern, Profite privat.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click